

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 12. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

Sitzungsdatum: 17. Oktober 2001
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Beat Meyer-Zehnder, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident
Dr. Leo Zehnder
Roman Meury
Bea Fuchs
Paul Schüpbach
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Christine Graf, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)
Nadja Strähl, Lehrtochter

Gäste: ---

Entschuldigt: Jürg Gass
Jacqueline Misslin
Beatrice Salvisberg

Abwesend: Danilo Matiz

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates betreffend
Nachrücken in den Einwohnerrat
anstelle des zurückgetretenen Heinz Baumgartner, SP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) Geschäft 3299
2. Bericht des Gemeinderates betreffend
Wahl eines Ersatz-Mitglieds der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente
anstelle des zurückgetretenen Heinz Baumgartner, SP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) Geschäft 3301

3. Bericht des Gemeinderates betreffend
Wahl eines Ersatz-Mitglieds der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission und
gleichzeitiges Ersatz-Mitglied der Wirksamkeitsprüfungskommission
anstelle des zurückgetretenen Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3292
4. Amtsbericht des Gemeinderates pro 2000 und
dazugehöriger Bericht der Geschäftsprüfungskommission Geschäft 3283/3283A
5. Interpellation von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend
Erbschafts- und Schenkungssteuer, Einfluss auf Budget 2001 Geschäft 3276
6. Interpellation von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend
Steuererklärung / Veranlagung Geschäft 3277
7. Postulat von Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, betreffend
Schaffung eines Begegnungs- und Familienzentrums Geschäft 3274
8. Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend
Antennenanlagen für UMTS-Mobilfunknetze Geschäft 3278

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
- Fragestunde

Die Protokollführerin

Christine Graf

Einwohnerratsprotokoll Nr. 12 vom 17. Oktober 2001

://: Das Protokoll wird gemäss Antrag von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, vom 8.12.2001 betreffend „Fragestunde-Voranschlag 2002- Steuererhöhung“ ergänzt und in dieser Form genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Beat Meyer-Zehnder

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Der Vorsitzende **Beat Meyer** begrüsst die Anwesenden zur heutigen Plenarsitzung. Speziell begrüsst er das neue Ratsmitglied Fabienne Degen sowie Nadja Strähl, KV-Lehrtochter im 3. Lehrjahr.

Im Gedenken an das Attentat auf das Kantonsparlament Zug vom September 2001 wird eine Schweigeminute abgehalten.

In diesem Zusammenhang informiert **Beat Meyer** über die neuen Sofortmassnahmen in Sachen Sicherheit bei den Plenarsitzungen des Einwohnerrates Allschwil:

- Ab heutiger Sitzung wird ein uniformierter Gemeindepolizist an den Sitzungen des Einwohnerrates anwesend sein.
- Die Fluchtwege in der Aula Lettenweg wurden verbessert:
- Die Fenster sind während der Einwohnerratssitzungen nicht mehr verriegelt, sie können also durch blosses Aufziehen von innen geöffnet werden.
- Die Vorhänge werden mit Markierungen versehen, welche das Aufziehen im Notfall vereinfachen.
- Die Verbindungstüren zwischen Aula und Schulhaus werden nicht verriegelt (vom Besucherraum zur Toilette und weiter ins Schulhaus; von der Bühne ins Schulhaus – der Fluchtweg wird damit bis ins weitläufige Innere des Schulhauses geöffnet, nicht aber ins Freie).

Weitere Massnahmen werden in Aussicht gestellt. Grundsätzlich orientiert sich die Gemeinde Allschwil am Sicherheitsdispositiv des Kantons Baselland.

Traktandenliste

Der Vorsitzende **Beat Meyer** stellt die heutige Traktandenliste zur Diskussion.

Namens der SP-Fraktion beantragt **Jean-Jacques Winter**, Traktandum 2, Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro, Geschäft Nr. 3300, mangels Nomination auf die Plenarsitzung vom 14. November zu verschieben.

//: Dem Antrag von Jean-Jacques Winter wird mit grossem Mehr zugestimmt.

Namens der SP-Fraktion beantragt **Lucius Cueni**, die Traktanden 12 und 14, Interpellation betreffend Antennenanlagen für UMTS-Mobilfunknetze, Geschäft Nr. 3278, sowie Interpellation betreffend Streitigkeiten zwischen den Feuerwehren der Region und der Sanität Basel-Stadt, Geschäft Nr. 3288, direkt im Anschluss an die Pause zu beraten, da der Sprechende ab Mitte November für vier Monate im Ausland weilen wird.

//: Der Antrag von Lucius Cueni wird mit 26 Stimmen gutgeheissen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Dringliche Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Schwund der Allschwiler Wohnbevölkerung, Geschäft 3302.

- Motion von Guido Beretta, FDP-Fraktion, betreffend Lösungsvorschläge der Interpellation von Alex Horisberger (Geschäft 3291), Geschäft 3303.

- Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Schaffung eines Feuerwehrkonzeptes. Geschäft 3304.

Begründung zur dringlichen Interpellation 3302: **Alex Horisberger** begründet die Dringlichkeit seiner Interpellation wie folgt: Er ist enttäuscht über die Beratung des Geschäftes 3291 anlässlich der Plenarsitzung vom 19. September 2001, bei welcher keine Diskussion

zugelassen wurde. Zumindest hätte für die nachfolgende Sitzung erneut eine Diskussion traktandiert werden müssen.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, erklärt im Namen des Gemeinderates Bereitschaft zur Beantwortung nach der Pause.

://:

Mit 21:9 Stimmen wird die Dringlichkeit der Interpellation 3302 abgelehnt.

Alex Horisberger und **Hanspeter Frey** beanstanden das Abstimmungsergebnis und verlangen eine Wiederholung der Abstimmung infolge Ungenauigkeit beim Auszählen.

Wiederholung der Abstimmung bezüglich Dringlichkeit:

://:

Mit 23:10 Stimmen wird die Dringlichkeit der Interpellation 3302 abgelehnt. Das 2/3-Mehr beträgt 24.

Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder

- **Fabienne Degen**, SP-Fraktion, per 17. Oktober 2001 (Nachfolgerin des zurückgetretenen Heinz Baumgartner, SP-Fraktion).

141 01.030 Einwohnerrat

**Bericht des Gemeinderates betreffend
Nachrücken in den Einwohnerrat
anstelle des zurückgetretenen Heinz Baumgartner, SP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004),
Geschäft 3299**

Der Vorsitzende **Beat Meyer** heisst das neue Parlamentsmitglied herzlich willkommen und wünscht ihm viel Erfolg in seiner politischen Tätigkeit.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird vom Nachrücken der Fabienne Degen, SP-Fraktion, in den Einwohnerrat anstelle des zurückgetretenen Heinz Baumgartner für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Kenntnis genommen.

Mitteilung an:

- Fabienne Degen, SP-Fraktion (als Wahlanzeige)
- SP Allschwil, p/A. Erika Flury, Postfach 1156, 4123 Allschwil
- HA Zentrale Dienste

142 01.032 Kommissionen des Einwohnerrates

**Bericht des Gemeinderates betreffend
Wahl eines Ersatz-Mitglieds der Kommission für Gemeindeordnung
und –reglemente anstelle des zurückgetretenen Heinz Baumgartner,
SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis
30.6.2004), Geschäft 3301**

Seitens der SP-Fraktion wird folgende Nomination unterbreitet:

Danilo Matiz.

://:

Auf Antrag des Vorsitzenden **Beat Meyer** wird Stille Wahl beschlossen.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird in Stiller Wahl Danilo Matiz als Ersatz-Mitglied der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) gewählt.

Mitteilung an:

- Danilo Matiz, SP-Fraktion (als Wahlanzeige)
- SP Allschwil, p.A. Erika Flury, Postfach 1156, 4123 Allschwil
- HA Zentrale Dienste

143 01.032 Kommissionen des Einwohnerrates

**Bericht des Gemeinderates betreffend
Wahl eines Ersatz-Mitglieds der Finanz- und
Rechnungsprüfungskommission und gleichzeitiges Ersatz-Mitglied der
Wirksamkeitsprüfungskommission
anstelle des zurückgetretenen Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion,
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004),
Geschäft 3292**

Seitens der CVP/SVP-Fraktion liegt folgende schriftliche Nomination vor:

Stefan Brügger.

://:

Auf Antrag des Vorsitzenden **Beat Meyer** wird Stille Wahl beschlossen.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird in Stiller Wahl Stefan Brügger als Ersatz-Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission und gleichzeitiges Ersatz-Mitglied der Wirksamkeitsprüfungskommission für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) gewählt.

Mitteilung an:

- Stefan Brügger, CVP/SVP-Fraktion (als Wahlanzeige)
- Dr. Anton Lauber, Präsident CVP Allschwil
- Claudia Piatti, Präsidentin SVP Allschwil
- HA Zentrale Dienste

144 01.040 Gemeinderat

**Amtsbericht des Gemeinderates pro 2000 und dazugehöriger Bericht
der Geschäftsprüfungskommission, Geschäft 3283/3283A**

Mathilde Oppliger, Präsidentin der vorberatenden Geschäftsprüfungskommission: Die Kommission hat den Amtsbericht für das Jahr 2000 in zahlreichen Sitzungen intensiv und kritisch überprüft. Es wurde darauf verzichtet, einen speziellen Verwaltungsbereich zu untersuchen. Die GPK hat nichts Spektakuläres feststellen können. Das Ergebnis wurde in einen Fragenkatalog aufgenommen und an den Gemeinderat weitergeleitet. Dieser hat die Fragen rasch und in den meisten Fällen zufriedenstellend beantwortet. Diejenigen Antworten, die unklar oder nicht zufriedenstellend beantwortet wurden, sind im Bericht mit einem Kommentar versehen.

Zu den Details:

Bildung/Erziehung/Kultur – Projekt Allwo: Der zeitliche Aufwand für das Personal in Sachen Allwo wurde bemängelt. Jeder Mitarbeiter/jede Mitarbeiterin hat mit Allwo pro Monat 3.5 Stunden Ueberzeit generiert. Das Allwo-Projekt bedeutet für alle Beteiligten einen erheblichen zusätzlichen Zeitaufwand und verlangt ein grosses Engagement; dafür dankt die GPK-Präsidentin.

Tiefbau-Umwelt – Öffentlicher Verkehr: Es wurde festgestellt, dass im Kapitel „Wirtschaftsförderung“ steht, die Linie 38 werde noch nicht sehr häufig genutzt. Entsprechendes Zahlenmaterial war aber nicht erhältlich, weshalb diese Beurteilung als eher subjektiv bewertet wird.

Einwohnerdienste/Sicherheit, Oeffentliche Sicherheit - Bewachung der Schulhäuser infolge Bombendrohungen: Der Amtsbericht sagt aus, dass die Gemeindepolizei für die Ueberwachung der Schulhäuser zuständig war. Bei der Nachfrage, weshalb diese Aufgabe nicht von der Kantonspolizei Baselland übernommen worden war, stellte sich heraus, dass sich die beiden Organe diese Aufgabe geteilt hatten.

Abschliessend hält die GPK-Präsidentin fest, dass mit dem Amtsbericht 2000 ein gut gestaltetes und übersichtliches Dokument vorliegt. Sie dankt allen Beteiligten für die gute Arbeit. Dem Gemeinderat und der Verwaltung spricht sie ihren Dank aus für die kooperative Zusammenarbeit.

EINTRETENSDEBATTE

Alex Horisberger, namens der FDP-Fraktion, hält den GPK-Bericht zum Amtsbericht für wenig aussagekräftig. Er vermisst nebst einem umfassenden Bericht aussagekräftige Zwischenberichte zu speziellen Ueberprüfungen. Die Fraktion erwartet, dass die GPK in Zukunft ihre Verantwortung vollumfänglich wahrnimmt.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, begrüsst den rationellen Amtsbericht - welcher sich nun auf das Wesentliche beschränke - sowie die gute Gestaltung des Dokumentes. Die Fraktion nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis.

Felix Mensch, namens der CVP/SVP-Fraktion, ist für Eintreten. Bezüglich GPK-Bericht weist er darauf hin, dass es sich um den ersten Bericht der neuen Legislaturperiode handelt, was einiger Anlaufzeit bedürfe. Auch mit den Zwischenberichten verhalte es sich so, und diese würden zu den eigentlichen Aufgaben der Kommission gehören.

Olivier Rügsegger, namens der SP-Fraktion, gibt Zustimmung zum Eintreten bekannt. Zum GPK-Bericht: Die GPK sei neu zusammen gesetzt und anders als die vorhergehende Formation, habe aber gewisse Vorgehen der alten Zusammensetzung übernommen. Es gehe nicht darum, den Amtsbericht auf Fehler hin zu untersuchen, sondern diesen grossflächig zu prüfen. Jetzt liege erstmal eine Mischform von alt/neu vor. Eine Veränderung sei im Gang und diese fliesse in den Bericht ein. Der Gemeinderat habe gute Arbeit geleistet. Einige Verwaltungs-Vorgänge seien in der Kommission vertieft besprochen worden, haben aber keinen Eingang in den GPK-Bericht gefunden. Diese Themen gäben der Kommission aber Gelegenheit, zu einem späteren Zeitpunkt ein Gebiet vertieft anzuschauen.

://:

Eintreten auf Geschäft 3283, Amtsbericht des Gemeinderates pro 2000, ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Einwohnerrat (Seite 3)

- Schwerpunkte der Parlamentsberatungen:

Keine Wortmeldung.

- Abzuschreibende Geschäfte:

Geschäft 1711

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, beantragt, die Motion betreffend „Preisgünstiges Wohnen in Allschwil“ stehen zu lassen. Gerade anlässlich der Studienpräsentation „Gemeindeentwicklung“ vom 19.9.2001 sei im Einwohnerrat ausgiebig diskutiert worden, wie bestehende Bausubstanz attraktiver gestaltet werden könnte. In diesem Bereich würden einige Möglichkeiten bestehen, wie die Gemeinde zusammen mit der Eigentümerschaft Wohnraum vergrössern und preisgünstig für Familien zur Verfügung stellen könnte.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, ist der Ansicht, dass es nicht die öffentliche Hand sein könne, die privaten Wohnraum subventioniert.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, macht beliebt, dieses Postulat nun abzuschreiben, weil es nicht im Sinne der erwähnten Studie sei. Dort gehe es nicht um preisgünstiges Wohnen, sondern um die Schaffung attraktiven Wohnraums. Deshalb wäre es widersprüchlich, das Postulat 1711 noch stehen zu lassen. Das Anliegen könnte zu einem späteren Zeitpunkt bei der Beratung der Interpellation Horisberger, Geschäft 3302, resp. Motion Beretta, Geschäft 3303, erneut aufgenommen werden.

://:

Der Abschreibung von Geschäft 1711 wird mit 21:13 Stimmen zugestimmt.

Geschäft 1435

Keine Wortmeldung.

://: Abgeschrieben.

Geschäft 2173

Dr. Ivo Corvini beantragt namens der CVP/SVP-Fraktion, diese Geschäft stehen zu lassen. Das Problem bestehe an der Schönenbuchstrasse fast genau so wie vor 5 Jahren, als das Postulat eingereicht wurde. Zudem stimme die Begründung des Gemeinderates, dass Parkfelder errichtet worden sind, nicht. Schon vor einem Jahr wurde im Amtsbericht die selbe falsche Begründung genannt. Auch die Gemeinde Schönenbuch habe ein Interesse an der Verbesserung der Situation. Gemäss Aussage der zuständigen kantonalen Stelle müsse die Initiative von Allschwil ausgehen, obwohl es sich um eine Kantonsstrasse handelt.

://:

Geschäft 2173 wird mit 30:4 Stimmen stehen gelassen.

Geschäft 2291

Keine Wortmeldung.

://: Abgeschrieben.

Geschäft 3138

Keine Wortmeldung.

://: Abgeschrieben.

Geschäft 3213

Mark Aellen, SP-Fraktion, beantragt, dieses Geschäft stehen zu lassen. Der Auftrag sei noch nicht in vollem Umfang erfüllt, insbesondere was die Häufigkeit der Aktualisierung des Finanzplans anbelange, um Beurteilungen durchzuführen.

://:

Mit 19:11 Stimmen wird Geschäft 3213 stehen gelassen.

- Hängige Geschäfte:

Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, betreffend Geschäft 1701, Massnahmen zur Einschränkung des Berufs-, Pendler- und Durchgangsverkehrs in Allschwil: Es sei offensichtlich, dass das Verkehrsvolumen in Allschwil ein Problem darstelle. Wie sind die Aussichten und wie ist der aktuelle Stand jetzt, zehn Jahre nach Eingabe des Postulates?

Departementsvorsteher **Paul Schüpbach** spricht diejenigen Massnahmen an, die den Pendlerverkehr aus dem Elsass nach Allschwil einschränken sollen. Der Gemeinderat hat sich entschlossen, eine entsprechende Umfrage in Auftrag zu geben. Dabei wurde abgeklärt, ob und zu welchen Bedingungen die Pendler/innen bereit wären, ihr Fahrzeug an der Landesgrenze stehen zu lassen und auf das öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Es werden folgende Standorte für eine Park-and-Ride-Anlage in Betracht gezogen: Das Gebiet links nach dem Zoll Hégenheim, welches dem Bürgerspital Basel gehört sowie das Areal beim Coop Do-it-yourself „Bachgraben“, wo die Anbindung an das öffentliche Verkehrsmittel gegeben wäre. Die Umfrage am Zollamt Allschwil 1 hat ergeben, dass wenige Personen zum Umsteigen bereit sind (ca. 15%), wenn das Parkieren kostenfrei wäre. Würde eine Parkgebühr erhoben, ist lediglich eine sehr geringe bis gar keine Bereitschaft vorhanden. Beim Zollamt Allschwil 1 reisen zudem viele Pendler/innen ein, die den Anschluss ins Leimental suchen, und nicht in die Stadt. Diese Anbindung ist zum heutigen Zeitpunkt nicht vorhanden. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat alle Massnahmen sistiert, bis die Studie „Oeffentlicher Verkehr in Allschwil“, welche vom Kanton in Aussicht gestellt wurde, vorliegt.

Arnold Julier dankt für die gemeinderätliche Antwort.

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion, ist nicht einverstanden mit den Schlussfolgerungen des Gemeinderates. Es gehe doch darum, ob im Einwohnerrat eine Mehrheit Massnahmen im Bezug auf den öffentlichen Verkehr gutheisse. Es fehle die politische Aussage, die Willensäusserung des Gemeinderates, dass die Pendler/innen auf den öffentlichen Verkehr umsteigen müssen.

Gemeinderat **Paul Schüpbach** weist darauf hin, dass niemandem vorgeschrieben werden kann, öffentliche Verkehrsmittel zu benützen.

Olivier Rügsegger betont, dass diesbezüglich aber eine klare Zielformulierung des Gemeinderates fehle.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erkundigt sich beim Vorredner, ob er der Auffassung sei, dass diese Parkplätze den Pendlern kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen?

Olivier Rügsegger antwortet, dass er sich nicht dafür ausgesprochen habe, die durch den Pendler-Verkehr und durch andere Wirtschaftsstandorte entstandenen Probleme zu lösen oder zu finanzieren.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, gibt zu bedenken, dass der Bau einer Umfahrungsstrasse einige dieser Verkehrs-Probleme lösen könnten. Eine seriöse diesbezügliche Diskussion wäre sinnvoll.

Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, stellt betreffend Geschäft 2241, Einrichtung eines Kreisels im Kreuzungsbereich Baslerstrasse/Grabenring, fest, dass in den umliegenden Gemeinden durch den Kanton zahlreich Kreisel gebaut werden. Er fordert den Gemeinderat auf, bei der zuständigen kantonalen Stelle ebenfalls Kreisel für Allschwil zu fordern.

Gemeinderat (Seite 11)

Keine Wortmeldung.

Verwaltungsführung-Personalwesen-Recht (Seite 17)

Keine Wortmeldung.

HA Zentrale Dienste (Seite 19)

Keine Wortmeldung.

HA Finanzen/Controlling (Seite 27)

Keine Wortmeldung.

HA Hochbau/Raumplanugn (Seite 34)

Keine Wortmeldung.

HA Tiefbau/Umwelt (Seite 37)

Peter Hauser, CVP/SVP-Fraktion, bemerkt zur Waldwild- und Jagdstatistik (S. 46), dass diese infolge Dunkelziffer nicht aussagekräftig sei. Die Situation zeige sich so, dass Rehe z.B. von Autos angefahren und nicht gemeldet werden. Diese Fälle sind nicht aufgeführt und der Tierbestand ist deshalb nicht genau bekannt. Der Sprechende stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit für eine Jagd im Freizeitgebiet Allschwiler Wald. Ebenfalls bittet er den Gemeinderat, beim Kanton ein generelles Verbot für Mountainbiking und Orientierungsläufe in der Winter- und Setzzeit zu beantragen. Die Zuständigkeiten im Allschwiler Wald seien komplex und unklar; mehr Transparenz wäre wünschenswert.

HA Einwohnerdienste/Sicherheit (S. 47)

Keine Wortmeldung.

HA Bildung/Erziehung/Kultur (S. 55)

Keine Wortmeldung.

HA Soziale Dienste/Gesundheit (S. 71)

Keine Wortmeldung.

://:

Der Amtsbericht pro 2000 wird mit grossem Mehr zur Kenntnis genommen.

145 07.150 Verschiedene Steuern

Interpellation von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend Erbschafts- und Schenkungssteuer, Einfluss auf Budget 2001, Geschäft 3276

Finanzchef **Dr. Leo Zehnder** führt aus:

Zu Frage 1: Bezogen auf das Budget 2001, in welchem CHF 1.3 Mio. Erbschafts- und Schenkungssteuer-Einnahmen enthalten sind, muss mit Mindereinnahmen von CHF 800'000 gerechnet werden. Diese Zahl hat auch für die nächsten Jahre Gültigkeit.

Zu Frage 2: Zum mutmasslichen Defizit wird im gemeinderätlichen Bericht zur Rechnung 2000 ausführlich Stellung genommen. Die Aussage, dass das Defizit nach wie vor bei CHF 1.684 Mio. liegen wird, hat nach wie vor Gültigkeit.

Zu Frage 3: Der Finanzchef hofft, dass sich der Fehlbetrag nicht vergrössert. Es sind keine besonderen Massnahmen erforderlich, insbesondere nicht auf der Investitionsseite.

Zu Frage 4: Diese Information ist mit dem Bericht zur Jahresrechnung 2000 erfolgt. Selbstverständlich ist der Gemeinderat darum bemüht, bei den Budget-Verhandlungen 2002 den Einwohnerrat möglichst genau zu informieren, wie der Abschluss Rechnung 2001 ausfallen wird.

Der Interpellant **Hanspeter Frey** dankt für die Beantwortung und verzichtet auf eine Diskussion mangels Aktualität. Er geht davon aus, dass der Gemeinderat im Budget 2002 korrigierend vorgeht und die Neuerungen berücksichtigt.

146 07.120 Steuerveranlagungen und -Faktoren

Interpellation von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, betreffend Steuererklärung/Veranlagung, Geschäft 3277

Finanzchef **Dr. Leo Zehnder** führt aus:

Zu Frage 1: Für die Veranlagung der Steuererklärung 2001A erhält Allschwil CHF 30 pro Steuererklärung vom Kanton Baselland, was bei ca. 10'000 steuerpflichtigen natürlichen Personen einer Entschädigung von CHF 300'000 entspricht.

Zu Frage 2: Nein, leider ist die Gemeinde noch nicht in der Lage präzise zu eruieren, wieviel eine Veranlagung kostet. Die Abteilung Steuern arbeitet erst seit 1.1.2001 im Projekt Allwo mit, bei welchem die detaillierte Zeiterfassung Bestandteil ist. Die Gemeinde Aesch z.B. geht von einem kostendeckenden Betrag von ca. CHF 100 aus.

Zu Frage 3: Mit der eigentlichen Steuerveranlagung sind 550 Stellenprocente belegt.

Zu Frage 4: Dem Kanton BL müsste Allschwil CHF 30/Veranlagung entgelten, d.h. CHF 300'000. Damit würden der Gemeinde insgesamt Einnahmen von CHF 600'000 entgehen. Die beiden Kirchgemeinden Allschwils zahlen total CHF 130'000 für den Einzug der Kirchensteuer an die Gemeinde; wahrscheinlich würden auch diese Einnahmen bei einer Bearbeitung in Liestal wegfallen. Es versteht sich von selbst, dass auch bei einer Bearbeitung durch den Kanton drei Personen für Auskünfte und Beratung in Steuerangelegenheiten in Allschwil beschäftigt werden müssten. Es kann der Einwohnerschaft nicht zugemutet werden, für diese Dienstleistungen nach Liestal zu reisen.

Zu Frage 5: Selbstverständlich, so z.B. anlässlich der Vernehmlassung bezüglich Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Jahr 1995 sowie im Zusammenhang mit der Information der Steuerverwaltung BL bezüglich einjährige Steuerveranlagung im Jahr 1999. Beim Entscheid hat immer die Bürgernähe im Vordergrund gestanden.

Der Interpellant **Hanspeter Frey** dankt für die detaillierte Beantwortung. Aufgrund derselben empfiehlt er, die Dienstleistungen der Steuerverwaltung eher auszubauen und andere Gemeinden zum Preis von CHF 80-100 pro Veranlagung als Kundschaft zu gewinnen. Er hält

es ebenfalls für sinnvoll, die Einwohner/innen in Sachen Steuern in Allschwil beraten zu können.

Der Sprechende erkundigt sich weiter, wie sich die Einführung der einjährigen Steuerveranlagung auf den Personalbestand auswirke. Ist der Kanton bereit, diese aufwändigeren Bearbeitungen besser zu entschädigen?

Dr. Leo Zehnder verweist auf die Motion von Dr. Max Ribi, Geschäft 3148, Kein Personalaufbau für die einjährige Steuerveranlagung, welche der Einwohnerrat glücklicherweise abgelehnt habe. Im Moment hat die Allschwiler Steuerabteilung zwei natürliche Personalabgänge, welche bereits wieder ersetzt werden konnten. Dabei handelt es sich also nicht um Stellenaufstockungen. Die Arbeit in der Steuer-Administration (Versand, Aktenablage etc.) ist aufwändiger geworden und wird wahrscheinlich eine Stellen-Aufstockung notwendig machen.

Der Interpellant **Hanspeter Frey** verlangt Diskussion zum Geschäft 3277.

://:

Mit grossem Mehr wird Diskussion gutgeheissen.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion, gratuliert dem Finanzvorsteher für seine klare politische Haltung bezüglich Erhalt der Steuerverwaltung Allschwil. Die Allschwiler Steuerabteilung sei sehr bürgernah und mit hervorragenden Leuten besetzt. Würde man auf diese verzichten, ginge in Allschwil wieder ein Stück Bürgernähe und Attraktivität verloren. Bezüglich Personalaufstockungen weist Kurt Kneier darauf hin, dass die einjährige Steuerveranlagung wesentlich mehr Arbeit als bisher schaffen wird.

147 04.070 Freizeitangebote Kinder und Jugendliche

Postulat von Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, betreffend Schaffung eines Begegnungs- und Familienzentrums, Geschäft 3274

Der Postulant **Arnold Julier**, CVP/SVP-Fraktion, fragt an, ob der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen.

Der zuständige Departementsvorsteher Soziale Dienste/Gesundheit, **Dr. Anton Lauber**, bejaht.

Arnold Julier weist auf die durch den bevorstehenden Umzug in das neue Verwaltungsgebäude freiwerdenden gemeindeeigenen Räumlichkeiten hin. Er hält den Zeitpunkt für angebracht, ein Familien- und Begegnungszentrum zu diskutieren, damit der Entscheid in die künftigen Nutzungspläne einfliessen kann. Eine Vermietung der Räumlichkeiten würde er nicht begrüssen, weil in Allschwil doch immer wieder Raumnot bestehe.

Für ein Familien- und Begegnungszentrum bestehe Bedarf. Es gäbe bereits derartige Einrichtungen, jedoch sind diese auf das ganze Gemeindegebiet verstreut. Damit sämtliche Dienstleistungen auch bekannt und genutzt werden können, bedarf es einer zentralen, für alle zugängliche Einrichtung mit einer Koordinationsstelle. Der Kontakt zu anderen Personengruppen kann dadurch stark verbessert und die Eigeninitiative der Benutzer/innen in Bezug auf Hilfeleistungen gefördert werden. Das neue Zentrum soll auch Schnittstelle sein zu den Sozialen Diensten, dem Alterszentrum, der Spitex und der Tagesstätte für Betagte. Es soll eine Budgetberatung anbieten sowie Angebote des Kindergarten- und Schulbereiches, der Elternbildung, des Sports, des Jugendfreizeithauses und des Robinson-Spielplatzes vereinen. Dort sollte auch die Möglichkeit bestehen, sich ungezwungen informieren zu können, an wen man sich im Bedarfsfall wenden kann. Auch die Durchführung von Beratungen und Kursen kann sich der Postulant vorstellen.

Was durch den neuen Begegnungsort keinesfalls tangiert werden dürfe sei der bestehende Mittagstisch. Arnold Julier stellt sich lediglich vor, dass Schüler/innen das mitgebrachte Essen im Familienzentrum verzerren können.

Ein Familien- und Begegnungszentrum habe auch Präventivwirkung, was für die Gemeinde von Vorteil sei. Neue Angebote müssten nicht geschaffen, sondern lediglich sämtliche bestehenden koordiniert werden. Arnold Julier hofft auch Zustimmung zu seinem Postulat.

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber** ist gerne bereit, das Postulat entgegen zu nehmen, zumal es offene Türen einrenne, wie dies in der gemeinderätlichen Legislaturplanung 2000/2006 zu lesen sei. Gewisse Gedanken habe man sich zum Projekt in der eigens dafür gebildeten departementsübergreifenden Arbeitsgruppe bereits gemacht. Es gehe keinesfalls darum, etwas Teures auf die Beine zu stellen, sondern die heute bestehenden Anlaufstellen geeigneter nutzen zu können. Wichtig sind Anton Lauber dabei die drei Stichworte Niederschwelligkeit, Prävention und – wesentlich - die Vernetzung des Bestehenden.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, kann die gemeinderätlichen Ausführungen schwer nachvollziehen. Er ist der Meinung, dass es keinem grossen Anliegen der Bevölkerung entsprechen kann, eine solche Institution in Anspruch zu nehmen. Zum Nulltarif kann ein Begegnungszentrum nicht realisiert werden. Für die SD-Fraktion ist das zur Diskussion stehende Postulat lediglich ein Weg, den „unglücklichen“ Mittagstisch wieder einzubringen. Sie empfiehlt, dem Postulat nicht zu folgen.

Mark Aellen, SP-Fraktion, teilt mit, dass das Postulat 3274 die volle Sympathie der SP-Fraktion hat. Bezüglich Mittagstisch hält er fest, dass es nicht der Sinn eines Familien- und Begegnungszentrums sein könne, andere Angebote zu konkurrenzieren. Im Übrigen stimmt er den Ausführungen des Gemeinderates zu. Die heute dezentrale Lage der diversen Angebote seien für einen Austausch nicht förderlich. Familien- und Begegnungszentren werden in anderen Gemeinden sehr stark in Anspruch genommen, teilt der Sprechende zum Abschluss mit.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, hält die Schwellenangst in einem Familienzentrum für sehr hoch. Sie weist in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen Adressen der kommunalen Beratungs- und Kontaktstellen im jährlichen Allschwiler Info-Kalender hin. Das Allschwiler Angebot hält sie für sehr gut. Die FDP-Fraktion spricht sich für die Ueberweisung des Postulates aus.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Gibt es noch weitere Vorstellungen, was das neue Zentrum *nicht* sein soll, als der von Dr. Anton Lauber erwähnte „Prachtsbau“?

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber** hat alle Anregungen der Votanten dankend zur Kenntnis genommen. Zum Votum Beretta: Es sei noch unbestimmt, in welcher Form ein Begegnungs- und Familienzentrum entsteht. Als Trägerschaft kommt auch nicht unbedingt die Gemeinde in Frage; es könnte auch eine private oder kirchliche Institution sein oder eine gemischte Trägerschaft. Mit einem neuen Zentrum sollen keinesfalls die bestehenden Institutionen auf den Kopf gestellt werden, denn diese leisten wertvolle Freiwilligenarbeit, die weitergeführt werden muss. Das neue Zentrum soll professionell aufgebaut werden, was sich aber nicht in Stellenprozenten ausdrücken soll.

://

Das Postulat wird mit 34:3 Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

- PAUSE -

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

- Entwicklung der Gemeinde Allschwil / Stärkung der lokalen Einkaufsfunktion; Weiteres Vorgehen/eingeleitete Massnahmen (Beilage); Gemeindepräsidentin Ruth Greiner.
- Budget 2002, mögliche Steuererhöhung (Beilage); Departementsvorsteher Finanzen, Dr. Leo Zehnder.

FRAGESTUNDE

Der Vorsitzende **Beat Meyer** macht darauf aufmerksam, dass es in der Novembersitzung noch einmal eine Fragstunde geben wird.

Schriftlich eingegangene Frage:

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion:

148 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

Quartierplanung „Ziegeleiareal“

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung **Roman Meury** schickt voraus, dass es das erklärte Ziel des Gemeinderates ist, diese Überbauung so rasch als möglich zu realisieren. Zu diesem Zweck hat sich eine Delegation des Gemeinderates am 25. Juni 2001 mit den Grundeigentümern getroffen und die Realisierung des Projektes besprochen. Dabei wurde festgestellt, dass die gleichen Vorstellungen und Ziele bestehen.

Frage 1

Welche Behörde in "Liestal" verlangt den Fluglärmkataster?

Antwort

Das Amt für Raumplanung BL.

Frage 2

Auf welcher gesetzlichen Grundlage beruht das Einverlangen eines Fluglärmkatasters?

Antwort

Die neue Lärmschutzverordnung des Bundes, welche seit 1. Juni 2001 in Kraft ist.

Frage 3

War dem Gemeinderat während der Beratung in der Kommission (VPK) sowie im Einwohnerrat bekannt, dass Lärmmessungen vorgenommen werden müssen? Wenn ja, warum wurde nicht darauf hingewiesen? Wenn nein, wann wurde der Gemeinderat orientiert?

Antwort

Der Gemeinderat wurde vom Amt für Raumplanung BL mit E-Mail vom 1. Juni 2001 und Schreiben vom 5. Juni 2001 informiert, dass ein Nachweis für die Einhaltung der Lärmgrenzwerte für Landesflughäfen erforderlich ist.

Frage 4

Wurde der Quartierplan "Ziegeleien" unmittelbar nach Ablauf der Referendumsfrist (Anfang Mai) dem Regierungsrat zur Genehmigung eingereicht?

Antwort

Der Einwohnerrat genehmigte den Quartierplan am 14. März 2001. Die Referendumsfrist dauerte bis 23. April 2001. In der Zeit vom 26. April bis 27. Mai 2001 erfolgte die öffentliche Auflage.

Der Gemeinderat reichte am 25. Juni 2001 zwei Anfragen betreffend Lärmwerte für die Erstellung eines Lärmgutachtens an das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft und an das Bundesamt für Zivilluftfahrt ein.

Die Antworten der beiden Ämter sind vom 3. Juli bzw. 12. Juli 2001. Aus den Schreiben geht hervor, dass zur Zeit keine Daten vorhanden sind, mit welchen die Lärmbelastung im Ziegeleiareal errechnet werden könnten. Entsprechende Messresultate werden voraussichtlich im Herbst 2001 erwartet.

Frage 5

Wenn Nein, warum wurde der Quartierplan nicht eingereicht?

Antwort

Die Quartierplan-Genehmigung wurde dem Regierungsrat mit Schreiben vom 13. August 2001 beantragt.

Fragen 6 und 7

Wann wird der Quartierplan eingereicht? Und mit oder ohne den verlangten Unterlagen? Akzeptiert der Gemeinderat stillschweigend die Einreichung von neuen zusätzlichen Unterlagen von "Liestal"?

Antwort

Dem Regierungsrat wurde der Antrag auf Genehmigung ohne zusätzliche Unterlagen eingereicht.

Frage 8

In welchem Zeitrahmen rechnet der Gemeinderat mit der Genehmigung des Quartierplanes?

Antwort

Das Amt für Raumplanung BL möchte mit Schreiben vom 1. Oktober 2001 das Genehmigungsverfahren bis zum Vorliegen der notwendigen Lärmwerte sistieren. In diesem Schreiben steht: *„Die bisherigen Abklärungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens konzentrierten sich vor allem auf die Fluglärmproblematik. Eigene Messergebnisse ermöglichten uns, eine erste Einschätzung vorzunehmen. Diese Resultate sind jedoch noch mit einigen Unsicherheiten behaftet und reichen unseres Erachtens nicht aus für eine abschliessende Beurteilung.....wir sind deshalb der Überzeugung, dass das Genehmigungsverfahren solange sistiert werden muss, bis Klarheit in allen Belangen betreffend Fluglärm für den Flughafen Basel-Mulhouse herrscht.“*

Fragen 9 und 10

Ist der Gemeinderat bereit, beim Regierungsrat für eine förderliche Behandlung / Genehmigung vorzusprechen? Wer hat die Kosten für diese Übung zu tragen?

Antwort

An seiner Sitzung vom 17. Oktober 2001 hat der Gemeinderat beschlossen, dass er auf die Sistierung des Genehmigungsverfahrens nicht eingehen will, weil eine solche Sistierung letztlich zu einem vorübergehenden Aufschub führen wird. Im Weiteren wurde beschlossen, dass der Gemeinderat zusammen mit einer Vertretung der Grundeigentümer bei der Vorsteherin der Baudirektion BL, Regierungsrätin Elisabeth Schneider, vorstellig wird.

Der Fragesteller **Hanspeter Frey** bedankt sich für die umfassenden Antworten. Er ist froh zu hören, dass der Gemeinderat in dieser Sache Druck machen will. Weiter erkundigt sich

Hanspeter Frey, ob es korrekt sei, dass der Quartierplan Ziegelei am 13. August 2001 an das Amt für Raumplanung BL zur Genehmigung eingereicht wurde. Dies würde bedeuten, dass das Dossier schon seit zwei Monaten beim Amt für Raumplanung BL unbearbeitet vorhanden ist. Zudem bemerkt er, dass das Ziegeleiareal in einem desolaten Zustand ist. Wer kommt für die Kosten des Lärmkatasters auf?

Roman Meury: Diese Frage kann zurzeit noch nicht beantwortet werden. Es liegen weder Lärmberechnungen noch die entsprechenden Abrechnungen vor.

Mündliche Fragen:

149 11.140 Gemeindeprojekte

Neue Gemeindeverwaltung, Baslerstrasse 111, Treppen-Kunstwerk auf dem Vorplatz

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion:

Wieso steht auf dem Vorplatz der neuen Gemeindeverwaltung eine Treppe?

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung **Roman Meury:**

Es handelt sich um einen Teil des Projektes „Kunst am Bau“ der neuen Gemeindeverwaltung, welches noch in Arbeit ist.

Felix Mensch ist der Meinung, dass diese Information im Allschwiler Wochenblatt veröffentlicht werden sollte.

Roman Meury verspricht weitere Informationen nach Fertigstellung des Kunstwerkes.

150 04.081 Benützungsbewilligungen für Gemeinderäumlichkeiten und Infrastruktur

Instandstellung der Wiese hinter dem Jugendfreizeithaus nach dem Ladies Open-Tennisturnier vom Sommer 2001

Christoph Morat, SP-Fraktion:

WTA-Sandplatzturnier Sommer 2001 in Allschwil, Instandstellung der Anlage - wer übernimmt die Kosten? Sind weitere Anlässe dieser Art geplant?

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung **Roman Meury:**

Der Veranstalter kommt für die Schäden resp. die Instandstellung der Wiese auf. Auch fehlende Sträucher werden neu gepflanzt. Die letzte Frage ist im Moment noch verfrüht und kann in dieser allgemeinen Form auch nicht beantwortet werden.

151 12.220 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Betrieblicher Unterhalt

Benützung der Sportanlage Sandweg

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion:

Wie lange kann der FC Allschwil den Sportplatz noch nutzen und wie sehen die Zukunftspläne aus?

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**:

Der Fussballclub Allschwil kann die Anlage sicher bis Ende Saison 2002, evtl. noch in der Saison 2003 benützen. Der Gemeinderat ist darum bemüht, einen möglichst nahtlosen Übergang vom Sandweg in das linksufrige Bachgrabengebiet zu gewährleisten.

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung **Roman Meury**:

Eine Studie für die künftige Überbauung, welche in die Quartierplanung Sandweg einfließen soll, liegt vor. Sie wird zur Zeit in der kantonalen Arealbaukommission begutachtet.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion:

152 12.120 Strassen; Betrieblicher Unterhalt

Strassenbeleuchtung in Allschwil / Sandweg

Sind weitere Verbesserungen bezüglich der Allschwiler Strassenbeleuchtung, speziell im Bereich Sandweg, geplant?

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**:

Eine weitere Tranche für den Ersatz alter Strassenbeleuchtungen ist im Budget 2002 vorgesehen. Eine Planung bezüglich Standorte besteht ebenfalls.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion:

153 01.024 Wahlbüro

Namenschilder für Mitglieder Wahlbüro

Können für die Mitglieder des Wahlbüros Namensschilder bereit gestellt werden? Dieses Anliegen wurde bereits vor einem Jahr vorgebracht und vom Gemeinderat gutgeheissen, jedoch bisher nicht realisiert.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** stellt die Namensschilder für das Abstimmungswochenende vom 1./2. Dezember 2001 in Aussicht.

Jakob Vogt-Pauluzzi, CVP/SVP-Fraktion:

154 12.110 Strassen; Baulicher Unterhalt

Strassen-Grabarbeiten – Information Anwohnerschaft

Im Allschwiler Wochenblatt vom 12.10.2001 wurde die Bevölkerung über „Grabarbeiten für sichere Stromversorgung“ in den Bereichen Brugfeldermattweg, Grabenring, Baslerstrasse, Fabrikstrasse und Binnergerstrasse informiert. Die Arbeiten wurden aber bereits eine Woche vor der Publikation begonnen. Jakob Vogt bittet grundsätzlich um frühzeitige Information der Anwohnerschaft.

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**, entschuldigt sich für verspätete Publikation. In der Regel erscheint der Voravis rechtzeitig in einer Gesamtausgabe des Allschwiler Wochenblattes. Er entschuldigt sich für die Verspätung und verspricht Verbesserungen. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass sämtliche Anwohner/innen jeweils mit einem persönlichen Schreiben bedient werden, das auf anstehende Grabarbeiten hinweist.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion:

155 11.121 Baugesuche/Bauanfragen

Baupublikation Doppelgarage Allmendstrasse

Im Amtsblatt Nr. 31 vom 3. August 2001 wurde ein Baugesuch für eine Doppelgarage in der Allmendstrasse veröffentlicht. Für wen wird diese erstellt? Wieso sind die Kosten nicht im Nachtragskredit von CHF 500'000 für das neue Gemeindezentrum enthalten, welchen der Einwohnerrat am 16. Mai 2001 bewilligt hat?

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury:**

Die beiden Garagen sind für die Fahrzeuge der Polizei Basellandschaft. Es handelt sich um eine Uebergangslösung, bis in einer 2. Bauphase die Tiefgarage realisiert wird.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion:

156 06.091 Öffentliche Sicherheit

Attentat auf Zuger Kantonsparlament – Situation auf der Gemeindeverwaltung Allschwil

Gibt es auch in Allschwil Personen, die bekannterweise frustriert sind im Umgang mit der Gemeindeverwaltung? Wie gehen der Gemeinderat und die Verwaltung damit um?

Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit, **Nicole Nüssli:** Es gibt namentlich bekannte Personen, die Probleme mit der Verwaltung haben. Kurz vor den Ereignissen in Zug hat der Gemeinderat diese Problematik diskutiert. Es werden nun Sicherheitsdispositive für den Neubau Gemeindeverwaltung sowie die Aula Lettenweg erstellt.

Guido Beretta plädiert für einen grosszügigeren Umgang mit diesem Personenkreis, damit sich der Frust nicht entladen kann.

Mark Aellen, SP-Fraktion:

157 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

Anbringen eines Fussgängerstreifens bei der Parkallee

Im Amtsbericht 2000 werden Verkehrszählungen im Bereich Parkallee in Aussicht gestellt. Wurden diese durchgeführt? Wie ist das Resultat ausgefallen?

Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit, **Nicole Nüssli**:

Die Messungen sind erfolgt. Sie haben ergeben, dass zuwenig Gefahrenpotenzial besteht, um einen Fussgängerstreifen anzubringen.

Mathilde Oppliger, CVP/SVP-Fraktion:

158 12.600 Öffentlicher Verkehr

Endstation Tram Nr. 6, Dorfplatz Allschwil / Toilettenanlagen

Wer ist zuständig für die Toilettenanlagen? Diese sind in einem schlechten, unsauberen Zustand und für Allschwils Dorfplatz unwürdig. Kann man eine regelmässige Reinigung organisieren oder deren Schliessung beantragen?

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**:

Er stellt detaillierte Auskunft anlässlich der Beratung des Postulates "Alternativen zum bestehenden Tramhäuschen am Allschwiler Dorfplatz" in Aussicht. Die Firma HELCO ist für die Reinigung der Toilettenanlage verantwortlich. Zuständigkeitshalber wird der Unterhalt grösstenteils von den BVB finanziert, die Gemeinde Allschwil beteiligt sich daran. Grundsätzlich muss das Anliegen an die BVB gerichtet werden. Gemeinderat Schüpbach wird sich der Angelegenheit annehmen.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion:

159 07.010 Budget

Voranschlag 2002 – Steuererhöhung

Der Fragesteller zitiert die Information des Gemeinderates im Allschwiler Wochenblatt vom 4.12.1998 zur Finanzplanung: „Keine Steuererhöhung bis 2002“. Dabei wurde die Aussage gemacht, dass die gültigen Steuersätze für natürliche und juristische Personen beibehalten würden. Ebenfalls wurde zugesichert, dass infolge neuer Gemeindebauten keine Steuererhöhung erfolgen muss. Ist der Gemeinderat bereit, die für das Jahr 2002 vorgesehene Steuererhöhung zu überdenken und bei seiner Aussage vom 4.12.1998 zu bleiben? Gegen eine Steuererhöhung wird der Sprechende ankämpfen.

Departementsvorsteher Finanzen, **Dr. Leo Zehnder**:

Die äusseren Einflüsse auf die Allschwiler Gemeindefinanzen sind gewichtig. Jeder Finanzplan wird aus der Situation heraus entschieden, so auch der Finanzplan für die Jahre 2003 –2007, welcher zur Zeit in Arbeit ist. Es wäre nicht fair, dabei an den Aussagen von 1998 festzuhalten. Der Gemeinderat hält an seinem Antrag für eine Steuererhöhung ab 2002 fest und wird sich dafür einsetzen. Zuerst werden sich aber die FIREKO und anschliessend der Einwohnerrat mit dem Budget 2002 auseinander setzen müssen. *Mit einer modifizierten Version der Steuererhöhung könnte man leben.* Wird der Steuererhöhung nicht zugestimmt, geht die Gemeinde Allschwil finanziell schwierigen Zeiten entgegen. Es sei ein faires Angebot des Gemeinderates, den Einwohnerrat frühzeitig zu informieren, damit die Diskussion sinnvoll geführt und ein guter Entscheid gefasst werden könne.

Alex Horisberger erkundigt sich weiter, ob bei der Fürsorgekasse Einsparungen möglich sind. Ebenfalls sei der Sachaufwand von CHF 7.9 auf CHF 8.2 Mio. angestiegen. Auch hier sieht der Votant Sparpotenzial.

Dr. Leo Zehnder: Diese Fragen werden sicherlich in der FIREKO besprochen. Weitere Einsparungen im Budget 2002 würden aber einen substanziellen Abbau bedeuten. Eine Budgetdebatte muss gut vorbereitet sein und in Kenntnis aller Grundlagen und Details geführt werden. Deshalb ist eine Antwort zum jetzigen Zeitpunkt schwierig.

160 11.121 Baugesuche/Bauanfragen

**Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend
Antennenanlagen für UMTS-Mobilfunknetze, Geschäft 3278**

Der Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**, beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Kompetenzen bezüglich Baubewilligungen sind so, dass die Gemeinde selbst nur denjenigen Teil beurteilt, welcher die kommunalen gesetzlichen Bestimmungen tangiert (Standort, Vermassungen etc.). Der technische Teil der Beurteilung erfolgt durch das Lufthygieneamt beider Basel, welches die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte überprüft. Das Bauinspektorat überprüft, ob das eingereichte Baugesuch dem regionalen Gesamtkonzept entspricht. Aufgrund dieser Beurteilungen erteilt schliesslich der Kanton eine Bewilligung. Zum Anlass der Interpellation: Diese bezieht sich auf das Gesuch für eine Antennenanlage der NOKIA Schweiz, welches vom Gemeinderat auf Empfehlung des Bauausschusses nicht behandelt wurde, weil man der Meinung war, dass grundsätzlich nur von Betreibern eingereichte Gesuche beurteilt werden sollen (Nokia ist kein Betreiber). Es wird vorausgesetzt, dass jedes Baugesuch im Rahmen eines Gesamtkonzeptes der drei Schweizer Mobilfunknetz-Betreiber Swisscom, Orange und Sunrise steht (s. Beilage). Im Moment sind bereits die Standortkonzepte Swisscom und Orange vorhanden; Sunrise ist noch ausstehend. Der Gemeinderat kann diese Konzepte aber lediglich zur Kenntnis nehmen. Für jede einzelne Antennenanlage muss zusätzlich ein detailliertes Baugesuch eingereicht werden.

Zu Frage 2: Sobald das Konzept vorliegt, jedoch nicht seitens Gemeinde, sondern seitens Mobilfunknetzbetreiber.

Der Interpellant **Lucius Cueni** dankt für die Antworten, ist aber nur teilweise befriedigt. Er vermisst eine Antwort bezüglich Strahlung und ist der Auffassung, dass die Gemeinde eine kritischere Haltung gegenüber den Mobilfunkanlagen einnehmen sollte. In Deutschland wurden bereits einige diesbezügliche Langzeitversuche gemacht, in der Schweiz fehlen diese noch. Die aus den Antennenanlagen resultierenden Strahlen beurteilt er als heimtückisch. Er verlangt Diskussion.

://:

Der Diskussion wird mit 26 Stimmen, bei zahlreichen Enthaltungen, zugestimmt.

Gemeinderat **Roman Meury** hält fest, dass der Kanton Baubewilligungsinstanz ist. Dieser verfügt auch über die notwendigen Fachpersonen, die in der Lage sind, die gestellten Fragen zu beurteilen. Ebenso ist klar geregelt, dass die Immissions-Beurteilung durch das Lufthygieneamt beider Basel erfolgt. Diese Aufgabenteilung erscheint Gemeinderat Meury richtig. Um sich in die Materie vertiefen zu können hat der Gemeinderat beschlossen, sich von einer Fachperson, die Gesuche für Antennenanlagen beurteilt, detailliert informieren zu lassen.

Kurt Kneier, CVP/SVP-Fraktion, gibt folgende persönliche Erklärung ab:

Bereits zum zweiten Mal steht das Sachgeschäft 3290, Verpflichtungskredit Transportfahrzeug Feuerwehr, auf der Traktandenliste und konnte nicht beraten werden. Er bedauert dies sehr und bittet den Präsidenten und das Büro Einwohnerrat, dieses Geschäft auf der nächsten Traktandenliste prioritär zu platzieren.

Der Vorsitzende **Beat Meyer** sichert dies zu.